Nummer 83

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang

Dienstag, 19. Februar 1924

Koch & Seeland
Herren- und Damen-
Stoffe
Bekleidung
Centraudenstr. 20/21.

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Sund, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau. Inseratenteil: H. Rongwaldt, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1924 für Amerika 6 Dollar, Frankreich 175 franzöſ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat Februar 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fragen deutscher Angelegenheiten an Macdonald.

London, 18. Februar.

Im Unterhaus wurde eine Reihe von Anfragen über auswärtige Angelegenheiten an den Premierminister gerichtet. Das Parlamentsmitglied Berkeley fragte Macdonald, ob er in der Lage sei, eine Erklärung über die Ruhrbesetzung und die Reparationsfrage abzugeben und ob er die Möglichkeit erwogen habe, diese Frage im Völkerbundsrat zu erörtern und wenn ja, wie er sich entschieden habe. Macdonald erwiderte, er könne augenblicklich keine Erklärung abgeben. Die Regierung werde zunächst die Schlüsse erwägen, zu denen die Reparationskommission kommen könne, nachdem sie den Bericht der Sachverständigenausschüsse, von dem soviel abhänge, erhalten habe, und danach Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Regierungen eröffnen.

In Erwiderung auf eine Anfrage über den Voranschlag für die Militärluftflotte sagte Macdonald, die Regierung habe keinen Anlaß gehabt, die Instruktionen der Regierung von 1919 wesentlich abzuändern, wonach die Voranschläge unter der Voraussetzung aufzustellen sind, daß keine größeren Kriege innerhalb der nächsten zehn Jahre wahrscheinlich seien.

Auf eine Anfrage bezüglich der Berichte über „Zunahme des kriegerischen Geistes in gewissen Bevölkerungsschichten Deutschlands" antwortete Macdonald, ich versichere das Haus, daß die Regierung diesen Gegenstand nicht aus dem Auge verliert.

Sir Frederic Hall fragte, welches die allgemeinen Grundlagen für die Regelung der Pfalzfrage seien, denen Groß-Britannien zugestimmt habe, wann ein derartiges Uebereinkommen erzielt wurde und mit welcher Regierung? Macdonald erwiderte, es gebe kein formelles diplomatisch niedergelegtes Uebereinkommen, aber infolge eines ausgedehnten schriftlichen Gedankenaustausches zwischen den Regierungen Groß-Britanniens, Frankreichs und Belgiens sei beschlossen worden, den Vertretern der drei Regierungen in Koblenz die Aufgabe anzuvertrauen, die allmähliche Wiederherstellung der normalen Verwaltung in der Pfalz, sowie die Entwaffnung aller nicht befugten Personen zu überwachen.

Der Unterstaatssekretär für Indien erklärte auf verschiedene Anfragen im Unterhause bezüglich der Annahme eines Lieferungsangebotes der Hannoverschen Maschinenbau-A.-G. zwecks Lieferung von 5 Lokomotiven für die indischen Staatsbahnen, der Auftrag von Material für die indische Regierung werde nicht mehr vom India Office bewerkstelligt, sondern vom Oberkommissar, der der indischen Regierung direkt verantwortlich sei. Diese Ankäufe seien im Interesse des indischen Steuerzahlers auf dem besten Markte vereinbart worden. Das niedrigste englische Angebot sei 25 Prozent höher gewesen, als das angenommene. Britische Fabrikanten seien jedoch unter den festgesetzten Bedingungen in der Lage, sich den Hauptteil der Aufträge zu sichern.

Die Pariser Kammer vor der Entscheidung.

eca Paris, 18. Februar.

Die Nachmittagssitzung der Kammer endete heute um 7 Uhr. Heute abend um 9 Uhr wird eine Nachtsitzung beginnen. Es verlautet, daß Poincaré bedingungslos verlangt, daß die Abstimmung über den Artikel 3 der Regierungsvorlage heute zustandekommt. Es wird infolgedessen erwartet, daß Poincaré im Laufe der Nachtsitzung das Wort ergreifen wird und daß es im Anschluß daran zu einer entscheidenden Abstimmung kommt. Die Nachricht, daß an der Nachbörse das Pfund den Kurs von 102 erreicht hat, hat unter den Abgeordneten eine starke Erregung hervorgerufen. In der Nachmittagssitzung hat Poincaré bereits erklärt, es käme nunmehr für die Annahme der Regierungsvorlage auf jede Minute an. Von den Anhängern Poincarés wurde das Thema der Union Sacrée im Zusammenhang mit dem Frankensturz in den Mittelpunkt der Erörterungen gestellt.

Am Schluß der Nachmittagssitzung erklärte Poincaré: „Die Regierung glaubt energisch darauf bestehen zu müssen, daß die Kammer ihre Sitzung fortsetzt, aber heute abend eine Abendsitzung abhält, bis über den Artikel 3 abgestimmt ist." (Beifall.) Die Kammer entscheidet sich durch Erheben von den Plätzen für die Fortsetzung der Debatte heute abend.

Einigung zwischen Bayern und Reich.

Die Lösung des Wehrgesetz-Konfliktes.

Die neue Eidesformel der bayerischen Truppen.

Berlin, 18. Februar.

Der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern ist beigelegt. Zur Erledigung der sachlichen Streitpunkte zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über den Vollzug des Reichswehrgesetzes wurde in den letzten Tagen zwischen beiden Regierungen folgendes vereinbart:

„Uebereinstimmung besteht, daß durch die Lösung des gegenwärtigen Falles die Bestimmungen der Reichsverfassung und des Wehrgesetzes über die Einheit des Reichsheeres und die Einheitlichkeit des Oberbefehls nicht berührt werden sollen. In diesem Rahmen soll:

1. Künftig auch bei der Abberufung des Landeskommandanten mit der bayerischen Regierung ins Benehmen getreten und dabei ihren begründeten Wünschen möglichst Rechnung getragen werden.

2. Bei der Verwendung bayerischer Truppen außerhalb des Landes die bayerische Regierung möglichst vorher gehört und dabei den bayerischen Belangen die tunlichste Rücksicht zuteil werden. Insbesondere hinsichtlich der inneren Sicherheit des Landes.

3. Die Eidesformel der gesamten Wehrmacht zur Vermeidung von Zweifeln künftig folgende Fassung erhalten:

„Ich schwöre Treue der Verfassung des Deutschen Reiches und meines Heimatstaates und gelobe, als tapferer Soldat mein Vaterland und seine gesetzmäßigen Einrichtungen jederzeit zu schützen und dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam zu leisten.

Durch vorstehende Vereinbarung wird der Behandlung weitergehender in der bayerischen Denkschrift enthaltener Wünsche nicht vorgegriffen."

Durch diese Vereinbarung ist das Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung wiederhergestellt und die Inspektionsnahme des bayerischen Teiles der Reichswehr auf die bayerische Regierung vom 22. Oktober 1923 entfallen.

Zum Rücktritt v. Kahrs.

TU München, 18. Februar.

Zum Rücktritt Kahrs gibt das Generalstaatskommissariat folgende Verlautbarung aus: Der Landtag hat in diesen Tagen mit der Staatsregierung eine Regelung vereinbart, die in die vollziehende Gewalt tief eingreift und eine Teilung derselben zwischen Generalstaatskommissariat und Staatsministerium vorsieht. Diese Teilung der vollziehenden Gewalt hält der Generalstaatskommissar für praktisch undurchführbar und vom Standpunkt der Sicherheit des Landes aus für höchst bedenklich. Unter diesen Umständen kann der Generalstaatskommissar die Verantwortung für die Fortführung des ihm am 26. Dezember 1923 anvertrauten Amtes nicht mehr tragen. Er hat sich daher veranlaßt gesehen, dieses Amt in die Hand des Gesamtstaatsministeriums zurückzugeben.

Dr. von Kahr hat in dem Schreiben an die bayerische Staatsregierung dem herzlichen Wunsche Ausdruck gegeben, daß die scharfen Gegensätze, die heute noch immer unser öffentliches Leben erschüttern, sich allmählich ausgleichen möchten, und daß sich alle nationalen Kreise über Persönliches hinweg im Dienste für den Staat auf dem Wege zusammenfinden, der zur Wiedergesundung und Erstarkung des deutschen Volkes und zu einer glücklichen Zukunft unseres bayerischen und deutschen Vaterlandes führen möge; denn der einzelne Staatsbürger könne sein wahres Glück doch nur im Glück des Staates finden.

Zusammentritt des Ministerrats.

München, 18. Februar.

Die Vorgänge der letzten Stunden haben das bayerische Kabinett veranlaßt, nachmittags 5½ Uhr zu einem Ministerrat zusammenzutreten, um sich mit der politischen Lage zu beschäftigen.

Warum v. Lossow ging.

München, 18. Februar.

Wie von zuständiger Seite zu dem Abschiedsgesuch des Generals von Lossow mitgeteilt wird, ist dieser nicht wegen der Vereinbarung zwischen dem Reich und Bayern zurückgetreten. General von Lossow habe sein Abschiedsgesuch deshalb eingereicht, weil er der Ordnung der Dinge in der Reichswehr nicht im Wege stehen wollte

Keine Verschiebung des Hitlerprozesses.

eca München, 18. Februar.

Gegenüber Gerüchten, die von einer abermaligen Verschiebung des Hitlerprozesses wissen wollen, erfahren wir, daß der Prozeß nunmehr bestimmt am Dienstag, den 26. Februar, beginnen wird. Die Angeklagten haben sämtlich ihre Vorladungen zu dem Prozeß erhalten.

Der Rücktritt Kahrs und Lossows.

Unter den innenpolitischen Ereignissen der letzten Tage ist das beachtenswerte der Rücktritt der Herren von Kahr und von Lossow. Er ist nicht unerwartet gekommen. Schon seit Wochen tauchten Meldungen aus München auf, die darauf schließen ließen, daß die beiden Herren in absehbarer Zeit, jedenfalls noch vor dem Hitler-Ludendorff-Prozeß, die Bühne der Oeffentlichkeit verlassen würden. Der Rücktritt des Generalstaatskommissars von Kahr dürfte äußerlich im wesentlichen durch den Wechsel der Stimmung mit herbeigeführt sein, der innerhalb der Bayrischen Volkspartei, der bei weitem einflußreichsten Partei Bayerns, in den letzten Wochen Platz gegriffen hat. Es machte sich in der Bayrischen Volkspartei eine Opposition gegen den Generalstaatskommissar geltend, die Herrn von Kahr allmählich die Erkenntnis bringen mußte, daß er das Vertrauen dieser Partei und damit der Mehrheit der bayerischen Volksvertretung nicht mehr besaß.

Der Rücktritt des Generals von Lossow dürfte im wesentlichen als eine natürliche Begleiterscheinung des Rücktritt Kahrs zu bewerten sein. Vielleicht ist im Fall Lossow die Tatsache, daß auch der General in dem bevorstehenden Hitler-Ludendorff-Prozeß eine Rolle wird spielen müssen, nicht ohne Einfluß auf den Entschluß des Herrn von Lossow geblieben, das Zeugnis vor Gericht nicht mehr in seiner bisherigen exponierten Stellung abzulegen.

Wir haben keinen Anlaß, uns in die innenpolitischen Angelegenheiten Bayerns zu mischen. Für uns hat die neue Wendung in der bayerischen Geschichte, die am 8. und 9. November d. J. einen so dramatischen Höhepunkt erklommen hat, nur von einem Standpunkte aus ein Interesse: von dem von uns immer vertretenen Standpunkte aus, daß die Interessen des Reiches, der Aufrechterhaltung des Bismarckschen Deutschland über allen anderen Erwägungen stehen müssen. Man glaubt in Bayern den Rücktritt der Herren von Kahr und von Lossow als eine innere Entspannung und im Zusammenhange damit als eine Entspannung der Beziehungen zwischen Berlin und München, zwischen dem Reich und Bayern bewerten zu können. Die Tatsache, daß wegen des Verhältnisses der bayerischen Division zur Reichswehr und zur Reichsleitung bereits eine Einigung erzielt ist, scheint diese Erwartung zu bestätigen. Diese Einigung ist im höchsten Maße zu begrüßen; sie ist dadurch erzielt, daß Herr von Lossow seine mit Ruhm aus dem Weltkriege gezierte militärische Laufbahn mit einem soldatischen Entschluß freiwillig beendet hat, um durch seine Person nicht ein politisches Hindernis bei diesem zu weiteren Hoffnungen ermutigenden ersten Schritt der Wiederannäherung zwischen Berlin und München zu bilden.

Stellt es sich also heraus, daß das gestrige Münchener Ereignis in der Tat eine bedeutsame und entscheidende Etappe auf dem Wege zur endgültigen Festigung des durch die Folgen des Weltkrieges schwer erschütterten Reichsgefüges darstellt, so wollen wir es mit der Erwartung begleiten, daß alle an den weiteren zwischen Berlin und München zu erwartenden Entscheidungen beteiligten

Dr. Schacht vor den Sachverständigen.

Paris, 18. Februar.

Havas meldet: Der erste Sachverständigenausschuß hat heute die Besprechung der Berliner Ergebnisse begonnen und beschlossen, die Prüfung der Eisenbahnfrage der Kommission zu übertragen, welche sich auch mit der Währungs- und Bankenfrage befassen soll. Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird heute über die Goldnotenbank gehört werden.

Der zweite Sachverständigenausschuß hat heute von den Privatberichten mehrerer seiner Mitglieder Kenntnis genommen. Ferner hat er die von den Bücher-Sachverständigen vorgenommenen Untersuchungen über die im Auslande befindlichen deutschen Kapitalien einer Prüfung unterzogen. Dieser Ausschuß wird morgen wieder zusammentreten.

Die erste Sitzung des 3. Landtages von Thüringen wird am Donnerstag, den 21. Februar, 4 Uhr, eröffnet werden.

Kleine Nachrichten.

Der deutsche Botschafter hat gestern Mussolini in einer Note von den Verhandlungen der deutschen Regierung mit Frankreich und Belgien Mitteilung gemacht, um zu einem modus vivendi in den besetzten Gebieten zu gelangen. Die Note ist von mehreren Dokumenten begleitet. Eine gleiche Mitteilung wurde in London gemacht.

*

Wie dem „Westfälischen Volksfreund" aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, gilt der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hermes als Kandidat für die Stelle des Präsidenten des Landesfinanzamtes Münster, dessen jetziger Inhaber, Geheimrat Dr. Schmedding, demnächst aus dem Dienste scheidet.

*

In einer Munitionsfabrik in Sladegreene bei London ereignete sich eine furchtbare Explosion. 11 Frauen und ein Mann haben dabei den Tod gefunden.

Weine * Liköre * Punsche
Altbekannte Qualitäten
Weingroßhandlung PAUL EGGEBRECHT Weinstuben
Berlin · Friedrichstr. 109 (Weidendammer Brücke) GEGRÜNDET 1881 Anruf: Norden 6000/6001